

der Beamten
Deutschland waren
Die auf demo-
Weimarer Repu-
die volle poli-
nationalsoziali-
ner, autoritären
n, wie alle übr-
Gewaltigen Ge-
politischen Bedeu-
der Beamten-
Wahlrecht
ichtig!

jetzigen Deutsch-
so muß auch dem
überprüfung wie
erkannt werden.
der Beamte in
zum Staat als
ihm, auf der
für die Geltend-
reiten, so soll er
zugleich als Ver-
und die Wohl-
Herdurch wer-
wirke ergeben, die
in Weiblichen und
arf.

gerade auch für
liches und Werte-
Bedeutung des Be-
tikan vollen Ein-
im Sinne des Ge-
fordert. Das Le-
Dienst des Staa-
an Formen und
tenschaft die ihr
schien. Wollen und
politischen For-
oh daher in ihrer
müssen, damit
auch eine Be-
ernst der kom-
die dermalenst
rd bestehen kön-
h. Kl. Münster.

richten

gegen den Ab-
Kriegsgefangenen
Schreiben an den
erhöhen. Die Bi-
ben auf die Mel-
in ausländischen
gefangenen, die
vorden waren, bei
von den russischen
Freiunion abtrans-
historischen Episkopat
end, daß diese
nicht mit den
sondere nicht mit
vereinbaren sei.

ata-Synode, in der
aprie in Argentin-
hat ein Hilfswerk
Deutschland ein-
erste Jahr seines
Die Überzeugung
Liebesgaben für
Vermittlung des
bler und der brie-
es wesentlich er-

über Leben und
in seinem uner-
Ratschluß uner-
schterchen

Luise
on sieben Wochen
nahmen. In tiefem
Leihold u. Frau
t. Nordallee 59,

über Leben und Tod
die unersetzliche
auf gefallen, heute
meinen indistrete-
seren guten, treu-
Brüder, Schwager
unentnehmer.

Schweers
tückelt zu nehmen,
ängerer, schwerer
im mit den h. Ster-
Alter von 65 Jahr-
auer: Frau Rudolf
eb, Thebip, Wei-
e Schweers, Bor-
m 23. Febr. 1947.

verschied nach
heit mein lieber
treusorgender Va-
rator, Großvater,
und Onkel, Bauer

lling-Böling
versehen mit den
h. Kirche, sanft
In tiefer Trauer:
ising, R h e d e.

Beweise herzlicher
fanzenden beim
r lieber Frau und
utter, sagen wir
Denk, Familie Hub-
ck.

Beweise herzlicher
die vielen Kranz-
de unserer Lieben
r in Großmutter,
Schweers, sagen
l. Dank, Familie
Des sechswochen-
stet am 10. 3. 47,
Kapelle Mussumer

nen Beweise herz-
und die vielen
im Tode, seines
nseres guten Va-
allen recht herz-
ch Heisterkamp u.
hswochenseelenamt
3. 1947, 8.30 Uhr,
Kirche.

geben über Ober-
erf. Pp.-Nr. 48 262 E.
10. 1944 im Raum
rchen. Nachr. erb.
Batenhorst 137 Kreis

imkehrer kann Aus-
den Soldaten Georg
r. 42 602 A. Verm.
anien). Nachr. erbitt-
schen, Osterfeld über

der Pp.-Nr. 42 180 D
den Offiz. Stadtmüller
nachricht geben über
einrich Hensel-Bor-
r. aus Lomscha Krs.
Nachricht erbittet
Bodecke, Batenhorst
ck.

Westfälische Nachrichten

Jahrgang 2 / Nummer 20

Veröffentlicht unter Zulassung Nr. 77 der Militärregierung

Mittwoch, 12. März 1947

Beginn der Deutschland-Verhandlungen

Der Auftakt in Moskau — Wichtigste Konferenz seit Potsdam — Molotow will auch China-Problem erörtern

Eröffnung der Konferenz

Moskau, 11. März. (DPD) Die Moskauer Konferenz der Außenminister der vier Großmächte wurde am Montagmorgen um 17 Uhr Moskauer Zeit im Gebäude der Flugindustrie unter dem Vorsitz des sowjetischen Außenministers Molotow eröffnet.

Die letzten Stunden vor Beginn der ersten Zusammenkunft waren von Besprechungen der einzelnen Außenminister angefüllt. Auf einer Pressekonferenz erklärte USA-Außenminister Marshall, daß er auf dieser Konferenz die von seinem Vorgänger geführte Politik, die durch das Potsdamer Abkommen und die Stuttgarter Rede Byrnes bestimmt sei, weiterführen werde. Er deutete an, daß er die Bemerkungen Byrnes fortsetzen werde, die einen Vier-Mächte-Vertrag auf 40 Jahre zu erreichen nach den Grundsätzen, die von Byrnes ausgearbeitet worden seien. Großbritannien habe bereits günstig auf den amerikanischen Vorschlag des Vier-Mächte-Pakts auf 40 Jahre geantwortet.

Die Konferenz wurde mit einer kurzen Begrüßungsansprache Außenministers Molotows eröffnet, der den Vorsitz in der ersten Sitzung führte. an der insgesamt 24 Delegierte und Sachverständige teilnahmen. „Die Aufgaben, denen wir uns gegenüber sehen“, so sagte er, „sind nicht leicht. Wir haben jedoch eine feste Grundlage für die gemeinschaftliche Arbeit in den wichtigen und historischen Entscheidungen, die auf den vorangegangenen Treffen in Jalta und Potsdam erzielt wurden.“

Außenminister Bevin erklärte: „Wir sind uns über die Bedeutung unserer Aufgabe völlig klar. Ich möchte unsere Freude darüber zum

London, 11. März. (DPD-Reuter) Mit der Eröffnung der Moskauer Konferenz am vergangenen Montag ist das Bestreben der Außenminister der Großmächte, eine Friedensregelung für Deutschland zu finden, in den Vordergrund der politischen Betrachtungen getreten. Diplomatische Korrespondenten bezeichnen die Außenminister-Konferenz als die wahrscheinlich wichtigste seit der Konferenz von Potsdam, die 18 Monate zurückliegt. Es wird betont, daß die Lösung des deutschen Problems von hervorragender Wichtigkeit für das Schicksal der gesamten Welt ist.

Nach vorliegenden Berichten begannen die Delegierten ihre Arbeit im Hinblick auf die Tragweite der Verhandlungen mit großem Ernst und ohne jeglichen leichtfertigen Optimismus. Wenn sich die Beziehungen der Alliierten untereinander nicht befriedigender gestalten, als es bisher der Fall war, so schreibt der britische „Observer“, so dürfte wenig Aussicht bestehen, zu einer Vereinbarung über Deutschland zu gelangen.

Ausdruck bringen, daß wir Außenminister Marshall in diesem Kreise begrüßen können.“ Vier Entscheidungen wurden nach einer Meldung der französischen Nachrichtenagentur AFP auf der ersten Sitzung der Außenminister getroffen:

1. Auf Antrag Bevin wurde die Untersuchung der finanziellen Lage Triests auf die Tagesordnung gesetzt.
2. Auf Antrag Bidault werden die Stellvertreter sofort das für den Friedensvertrag mit Deutschland anzuwendende Verfahren erörtern, damit die interessierten Mächte nach Moskau berufen werden können, die grundsätzlich im Informationsausschuß vertreten sein sollen.
3. Auf Antrag Bevin und Bidault werden die Stellvertreter sogleich mit der Befragung des österreichischen Vertrages beginnen und nicht erst am Ende der Verhandlungen.

4. Molotow forderte, daß die drei Unterzeichner des Moskauer Abkommens vom Dezember 1945 Auskunft über ihre Politik geben und ihre Verpflichtung der Nichtbeteiligung in chinesische Angelegenheiten erneuern sollen. Auf Verlangen Marshalls wurde diese Frage zurückgestellt. Marshall erklärte, daß er nicht in der Lage sei, eine endgültige Antwort in dieser Frage zu geben, aber grundsätzlich der Beratung der chinesischen Frage während der jetzigen Konferenz zustimme.

Außerdem stimmte auf Vorschlag des britischen Außenministers Bevin die Konferenz auf ihrer ersten Sitzung der Liquidierung Preußens zu.

Zweite Sitzung am Dienstag

Eine Sitzung der Außenministerstellvertreter wurde am Dienstag eröffnet. In dieser Sitzung wurde beschlossen, daß drei Ausschüsse gebildet werden sollen, die den Vertragsentwurf für Österreich mit seinen Einzelheiten zu prüfen haben. Neben einem politischen und einem militärischen Ausschuß soll ein Wirtschaftsausschuß sich mit der kritischen Frage des deutschen Besitzes in Österreich befassen.

Für die Deutschlandverhandlungen schlug der sowjetische Vertreter Wischynski folgenden Verhandlungsplan vor:

1. Entmilitarisierung Deutschlands. 2. Entnazifizierung und Demokratisierung. 3. Fragen, die sich nach dem Kontrollratbericht hauptsächlich in wirtschaftlicher Hinsicht ergeben. 4. Reparationen.

Spannungen in Ungarn

USA protestieren gegen sowjetische Einmischung

Moskau, 11. März. (DPD-Reuter) Der amerikanische Vorschlag einer gemeinsamen Untersuchung der gegenwärtigen Lage in Ungarn, der in einer Note der USA-Regierung vom 5. März enthalten war, und die Behauptungen von einer sowjetischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns durch die Verhaftung des Generalsekretärs der Kleinen-Landwirte-Partei, Bela Kovacs, wurden durch den sowjetischen Vertreter in der alliierten Kontrollkommission für Ungarn, General Swiridow, zurückgewiesen. meldet die sowjetische Nachrichtenagentur TASS.

Als Begründung gab Generalleutnant Swiridow an, daß er einer gemeinsamen Untersuchung nicht zustimmen könne, weil dies eine direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten der ungarischen Republik und eine Beeinträchtigung der Rechte des ungarischen Volksgerichtshofes darstelle. Zu der Verhaftung von Bela Kovacs erklärte er, daß es sich hierbei nur um das gesetzlich Recht der sowjetischen Besatzungsbehörden gehandelt habe. Aus diesem Grunde könne er eine Einmischung der Vereinigten Staaten in diese Angelegenheit nicht billigen.

Hauptpunkte der Protestnote

In der amerikanischen Protestnote vom 5. März heißt es, die ungarischen Kommunisten hätten mit anderen Mitgliedern des Linksblokes versucht, eine Anzahl Mitglieder der Partei der Kleinen Landwirte in das vor kurzem aufgedeckte Komplott gegen die Republik zu verwickeln, weil

sie unfähig seien, ihr politisches Ziel auf verfassungsmäßigen Wege zu erreichen. Durch die Forderung der Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Abgeordneten der Partei der Kleinen Landwirte sollte die parlamentarische Stellung der Kleinen-Landwirte-Partei, die diese auf Grund der Wahlen erreicht hatte, geschwächt werden.

Das sowjetische Oberkommando in Ungarn habe, wie die amerikanische Protestnote fortführt, durch „direkte Intervention“ die Lage in Ungarn zu einer Krise gebracht, indem es den Generalsekretär der Partei der Kleinen Landwirte, Bela Kovacs, verhaftete. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung habe die Entwicklung zu einer ungerechtfertigten Einmischung in die ungarischen inneren Angelegenheiten geführt, der sich die Regierung der Vereinigten Staaten widersetze. Unter diesen Umständen fordern die Amerikaner eine gemeinsame Untersuchung der gegenwärtigen Lage und des Falles Kovacs.

Wie aus Budapest gemeldet wird, wurde die Abschrift einer britischen Note am Freitag von dem diplomatischen Vertreter Großbritanniens in Ungarn dem ungarischen Ministerpräsidenten überreicht. Die Note gleicht, so wird in diesem Zusammenhang gemeldet, der amerikanischen Note an Rußland, in der die USA erklärt hatten, die Sowjetpolitik mische sich in das jetzige Regime in Ungarn ein.

Verschärfung der Gegensätze

Weitere Aktionen der ungarischen Linksparteien gegen ihre politischen Gegner von der Partei der Kleinen Landwirte werden als Folge der scharfen sowjetischen Zurückweisung der amerikanischen Note in Budapest erwartet.

Unruhen im Pandschab

Lahore, 11. März. (DPD-Reuter) Die alte indische Universitätsstadt Taxila, 260 Kilometer nordwestlich von Lahore, soll in Flammen stehen, wie in der Hauptstadt des Pandschabs bekannt wurde. Damit ist die achte Stadt von der bereits eine Woche dauernden Aufstandsbewegung, die durch Zusammenstöße zwischen Hindus und Sikhs einerseits und Moslems andererseits ausgelöst wurde, betroffen.

Kongreßpartei will mit Moslem-Liga verhandeln

Neu Delhi, 11. März. (DPD-Reuter) Eine Aufforderung, Vertreter zu Besprechungen mit der Kongreßpartei zu ernennen, richtete der Arbeitsausschuß der Kongreßpartei am Sonnabend an die Moslem-Liga. Ziel der Besprechungen ist die gründliche Erörterung der Lage, die sich durch die bevorstehende Machtübergabe an eine indische Regierung ergeben hat.

Hauptquartier angegriffen

Jerusalem, 11. März. (DPD-Reuter) Ein britischer Soldat und vier jüdische Unruhestifter wurden, amtlichen Meldungen zufolge, in der Nacht zum Sonntag bei einem Feuergefecht in Tel Aviv getötet, als das dortige Hauptquartier des britischen Sicherheitsdienstes über eine Stunde lang mit Maschinengewehr- und Granatwerferfeuer angegriffen wurde.

„Gegen einen neuen deutschen Angriff“

Bündnisvertrag Polen — Tschechoslowakei

Prag, 11. März. (DPD-Reuter) Am Montag wurde in Warschau ein tschechoslowakisch-polnischer Bündnisvertrag unterzeichnet. In der Präambel des Vertrages wird auf die Gefahr eines deutschen Angriffs hingewiesen, der beide slawische Länder während ihrer ganzen Geschichte bedroht hat. Beide Länder, so heißt es, haben ein lebenswichtiges Interesse an einer gemeinsamen Verteidigung gegen einen neuen deutschen Angriff auf ihre Unabhängigkeit.

Die beiden Länder, so heißt es in der Präambel weiter, sind überzeugt, daß eine derartige gemeinsame Verteidigung im Interesse des internationalen Friedens und der Sicherheit liegt.

In dem Vertrag heißt es, daß die Tschechoslowakei und Polen alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen wollen, um eine Angriffsdrohung durch Deutschland oder eines mit Deutschland verbündeten Staates zu verhindern.

Sollten die Tschechoslowakei oder Polen, so heißt es in dem Vertrag weiter, in einen Konflikt mit Deutschland oder mit einem mit Deutschland

verbündeten Staat verwickelt werden, so wird ein Vertragspartner dem anderen alle militärische oder sonstige Hilfe leisten, und zwar mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen. Weder die Tschechoslowakei noch Polen werden sich an einem Bündnis oder an einer Koalition beteiligen, die gegen einen der Vertragspartner gerichtet ist. Der Vertrag wird für 20 Jahre geschlossen.

Belgisch-sowjetisches Bündnis?

Prag, 11. März. (DPD-Reuter) Für ein belgisch-sowjetisches Bündnis sprach sich am Freitag der belgische Außenminister Spaak auf einer Pressekonferenz in Prag aus. Spaak hatte am Freitag ein belgisch-tschechoslowakisches Kulturabkommen unterzeichnet.

Befragt, ob ein Bündnis zwischen Belgien, Holland und Luxemburg nicht ein Meilenstein auf dem Wege zu einem Westblock sei, erklärte Spaak, daß er das Wort „Block“ nicht liebe. Belgien würde an keinem Block teilnehmen, der sich gegen irgendein anderes Land richte.

Deutsche Treuhänder - oder nicht?

London, 11. März. (DPD-Reuter) Die Absicht der britischen Regierung, die deutsche Schwerindustrie in der britischen Besatzungszone deutschen Treuhändern zu unterstellen, besteht auch weiterhin, wurde am Sonnabend amtlich in London bekanntgegeben.

Während der britisch-französischen Bündnisverhandlungen ist Frankreich von Großbritannien davon unterrichtet worden, daß eine endgültige Entscheidung über die Zukunft der deutschen Schwerindustrie noch nicht getroffen worden sei. Durch Pressemeldungen, daß Großbritannien die deutsche Schwerindustrie bis zu ihrer endgültigen Überweisung an eine deutsche Zentralregierung deutschen Treuhändern unter-

stelle, ist Frankreich dann erneut beunruhigt worden. Auf eine Anfrage wurde Frankreich daraufhin von Großbritannien versichert, daß eine derartige Unterstellung der deutschen Schwerindustrie unter deutsche Treuhänder in unmittelbarer Zukunft nicht stattfinden werde. Selbst wenn eine solche Unterstellung erfolgen sollte, würde das keine Entscheidung über ihre endgültigen Besitzverhältnisse bedeuten.

Die Stellung der britischen Regierung in dieser Frage sei unverändert, erklärte am Sonnabendvormittag ein Sprecher des britischen Außenministeriums. Die augenblickliche Verzögerung in der Übertragung der deutschen Schwerindustrie an deutsche Treuhänder sei durch vertuscht worden, daß Wege für die Entschädigung der französischen, holländischen und luxemburgischen Interessen in den betroffenen Industrien ausgearbeitet werden müssen.

Erhöhte Kohlenausfuhr

London, 11. März. (DPD) Die Kohlenausfuhr aus dem Ruhrgebiet wird ab April um 50 000 Tonnen und ab Mai um weitere 150 000 Tonnen erhöht werden, wie amtlich mitgeteilt wird.

Die Kohlenförderung an der Ruhr ist, wie es in dem amtlichen Bericht weiter heißt, genügend angestiegen, um eine höhere Zuteilung für die Ausfuhr zu ermöglichen.

Die Kohlenausfuhr war im Interesse der besseren Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Kohle im Oktober und November vorigen Jahres um jeweils 150 000 Tonnen und dann ab Dezember bis vorläufig März 1947 um 850 000 Tonnen monatlich gekürzt worden.

Treibstoff-Einfuhr

London, 11. März. (DPD) Schätzungsweise 105 000 Tonnen Benzin und 125 000 Tonnen Dieselöl werden im ersten Halbjahr 1947 für die deutsche zivile Wirtschaft in die britische Zone eingeführt werden, wurde am Freitag in London mitgeteilt. Diese Einfuhr stellt die Fortführung des normalen Importprogramms dar.

Kriegslieferungen

Paris, 11. März. (DPD-Reuter) Kriegsmateriallieferungen im Werte von einer Million 750 000 Pfund Sterling hat Großbritannien innerhalb der letzten 18 Monate für die französischen Streitkräfte in Indochina zur Verfügung gestellt. Nach dem kürzlich abgeschlossenen Abkommen über die Ausrüstung einer französischen Luftlanddivision liefert Großbritannien weiteres Kriegsmaterial im Werte von 170 000 Pfund Sterling an Frankreich.



Die russische Hauptstadt feiert in diesem Jahr ihr 800jähriges Bestehen. Links die Wassili-Kathedrale mit den charakteristischen Zwiebeltürmen und rechts der Spasski-Turm des Kremls. Wind von Moskau, das bisher das Symbol russischer Herrschaft war, nun durch die Konferenz der Außenminister der Geist menschlicher Versöhnung und Einigkeit in die Welt getragen werden!

Westfälische Nachrichten

Nr. 20 Münster, den 12. März 1947

Um die Verbannung der Furcht

Prognosen für Moskau, für Verlauf und Dauer, für Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz sind in den letzten Wochen ausgiebig und von allen möglichen Seiten gestellt worden. Nichts ist natürlicher, als daß für den deutschen Beurteiler die brennende Notlage unseres Volkes, das Bedürfnis, endlich aus dem Zustand einer dauernd hoffnungsloser werdenden Stagnation, in der wir uns seit dem Beginn der Besatzung vor ungefähr zwei Jahren befinden, herauszukommen, Richtungspunkt und Leitmotiv solcher Überlegungen sind.

Wir haben an dieser Stelle des öfteren der Meinung Ausdruck gegeben, daß Europa sich heute nicht mehr im Mittelpunkt der großen Weltpolitik befindet, und daraus resultiert ohne weiteres die Folgerung, daß Erfolg oder Mißerfolg der Moskauer Konferenz nicht in erster Linie von einer Einigung der „Großen Vier“ über Deutschland abhängig ist, sondern letzten Endes einzig und allein davon, ob es gelingt, die Furcht, das Mißtrauen und den Verdacht unter den Völkern auszurotten oder nicht. Diese Furcht und dieses Mißtrauen können nicht durch den Abschluß noch so vieler Bündnisverträge, wie sie in diesen Wochen unmittelbar vor Beginn der Moskauer Konferenz in geradezu überstürzender Folge verabredet oder bereits getätigt wurden, beseitigt werden. Im Gegenteil, man muß den Eindruck gewinnen, als sei der Abschluß dieser Bündnisse viel mehr ein Zeichen des Vorhandenseins und der Wirksamkeit einer solchen Furcht und eines solchen Mißtrauens.

Gewiß ist es richtig, daß der Abschluß solcher Bündnisse nicht mit dem Wortlaut der UNO-Satzung im Widerspruch steht. Aber es ist ebenso gewiß, daß alle diese Bündnisse nicht notwendig wären, wenn das Vertrauen vorhanden wäre, daß das Bestehen der UNO und ihrer Organe die Aufrechterhaltung des Friedens 100prozentig gewährleisten. Und genau so kann kein ernsthafter Zweifel darüber bestehen, daß die „Großen Vier“ sich über die Zukunft Deutschlands relativ leicht einigen könnten, wenn dieses Problem allein und isoliert bestünde und über alle anderen schwebenden Fragen Übereinstimmung bestünde.

Es darf in diesem Zusammenhang als symptomatisch angesehen werden für den weltweiten Rahmen der in Moskau zur Debatte stehenden Fragen, daß gleich in der ersten Sitzung der Konferenz von Molotow der chinesische Komplex herangezogen wurde und zu einer Diskussion mit dem amerikanischen Außenminister Marshall führte. Dabei ist zu beachten, daß die Problematik der gegenwärtigen Situation weniger in akuten oder latenten Konflikten zwischen den Weltmächten zu suchen ist, als vielmehr in gewissen Tendenzen und in Möglichkeiten, große Gewinne an Macht und Prestige zu machen, die auf der anderen Seite Furcht und Verdachtsmomente für die Zukunft auszulösen geeignet sind. Und zwar geht es nicht allein um den bereits oben erwähnten chinesischen Komplex, sondern ähnliche potentielle Rivalitäten gruppieren sich um den Raum des persischen Golfes und ebenso um Indien, Indonesien und Burma. Und schließlich wäre noch in diesem Zusammenhang die Frage der Atomkontrolle zu nennen, über die sich die Debatte nunmehr schon über acht Monate ergebnislos hinzieht.

So ist die europäische und deutsche Friedensordnung für die Großmächte eben nur ein Teil der Weltordnung, die der letzte Krieg als Auftrag und Aufgabengebiet den Siegern überlassen hat. Es ist klar: Für uns Deutsche, die zu 66 Millionen, in vier Besatzungszonen aufgeteilt, auf ungenügendem Raum zusammengedrängt, leben, kann das ganze Friedensproblem auf eine höchst primitive Formel gebracht werden. Wir fragen uns, wie lange dieses Deutschland noch in dem Zustande liegen bleiben soll, wie es bei Eintritt des Waffenstillstandes dalaß. Wir wünschen, es müßte möglich sein, eine Friedensordnung zu finden, die den elementarsten Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes ebenso wie den Sicherheitswünschen seiner Nachbarn Gerechtigkeit widerfahren ließe. Das sind begriffliche und natürliche Anliegen des deutschen Volkes für die Moskauer Konferenz. Aber so natürlich und berechtigt sie immer sind, es wird uns vor Enttäuschungen bewahren, wenn wir uns der Verflechtung unserer Anliegen mit den großen politischen Problemen bewußt bleiben. Der lähmende Schatten der Furcht und des Mißtrauens, der am Eingang der Moskauer Konferenz steht, muß beseitigt werden, ehe wir auf eine friedliche und vernünftige Lösung auch des deutschen Problems, die wir so sehnlichst herbeiwünschen, hoffen können.

Die wirtschaftliche Vereinigung der westlichen Zonen wird von der Sowjetunion als Vorstufe und Basis eines möglichen Westblocks beargwöhnt. Die angelsächsischen Staaten wiederum erblicken in der wirtschaftlichen und politischen Durchdringung Polens, der Balkanländer und der Sowjetzone gefährliche Ansätze zu einer Ostblock-Politik, und zweifellos ist der gegenwärtige Schwebezustand, in dem sich Mitteleuropa befindet, für alle Beteiligten ein Element der Besorgnis und der Unsicherheit, eine offene Frage, die zweifellos nicht weniger schwerwiegend ist, als irgend eines der übrigen weltpolitischen Probleme.

Wird nun in Moskau der Schlüssel zum Weltfrieden gefunden werden? Wird der deutsche Friede zum Ausgangspunkt einer solchen Befriedung werden? Oder werden wir darauf warten müssen, daß sich die Spannung zuerst in Ostasien oder im Nahen Osten löst? Oder wird schließlich als Ergebnis die endgültige Bildung eines Ost- und eines Westblocks am Ende der Moskauer Tagung stehen? Diese Fragen zu beantworten, ist im Augenblick unmöglich. Aber gewiß wird die Antwort negativ ausfallen, wenn es nicht gelingt, die Furcht und das Mißtrauen, um hier an ein bedeutsames Wort der Atlantik-Charta zu erinnern, endgültig aus der Welt und aus der Politik zu verbannen.

Neues Ablieferungsverfahren für 1947

Berechnung des Grundsolls nach Getreidewerten

Düsseldorf, 10. März. (DPD) Ein neues Ablieferungsverfahren für die Landwirtschaft wird bei der neuen Ernte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden. Das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat dazu bereits die erforderlichen Vorbereitungen getroffen.

Die bisherige Methode der Veranlagung zur Ablieferung nach den angegebenen Anbauflächen, den geschätzten Ernteerträgen und der gemeldeten Zahl der Milchkuhe hat sich als unzulänglich erwiesen. Die später durchgeführten Kontrollen haben mehr Verzerrungen als Erfolg gebracht. Denn Vorräte wurden meist nur dort gefunden, wo ein ordnungsmäßiger wirtschaftlicher, leistungsfähiger Betrieb sich eine Futterreserve geschaffen hatte, während die schlechten Ablieferer rechtzeitig die der Ablieferung entzogenen Vorräte anderweitig untergebracht hatten.

Das neue Ablieferungsverfahren sieht vor, daß jeder landwirtschaftliche Betrieb und jede landwirtschaftliche Nutzfläche ein Grundsoll für die Ablieferung erhält, das nach dem errechneten

einen verstärkten Kartoffelanbau bereits gegeben. Wenn die Witterungsverhältnisse oder die Zuteilung an Kunstdünger sich ändern, so kommen zum Grundsoll Ab- oder Zuschläge. Dabei sollen auch Schwierigkeiten, die nicht vorherzusehen sind, z. B. Hagel, Seuchen oder Feuer, berücksichtigt werden, wenn darüber ein amtliches Gutachten vorliegt.

Betriebe, die ihre landwirtschaftliche Nutzfläche nicht richtig angeben, werden die nicht-gemeldeten Flächen für die Kleinsiedlung und als Kleingartenland abgeben müssen, während die nicht gemeldeten Milchkuhe dem Schlachthof zugeführt werden. Bei schlechten Ablieferern, d. h. solchen, die aus Boswilligkeit ihre Pflicht nicht erfüllen, ist in schweren Fällen eine Zwangsverpachtung oder Zwangsbewirtschaftung vorgesehen. Im allgemeinen wird bei Nichterfüllung des Ablieferungssolls enteignet werden.

Betriebe, die infolge schlechter Wirtschaftsführung ihr Soll nicht erfüllen können, sollen die Möglichkeit zu einer eingehenden Beratung für eine Betriebsumstellung erhalten. Solange die Betriebe sich einer Beratung unterstellen, arbeiten sie unter Schonfrist, die zwischen einem und drei Jahren liegt. Für Mehrablieferungen über das Soll hinaus ist vorgesehen, die Betriebe mit Industrieprodukten und anderen Bedarfsgütern als Leistungshilfe zu versorgen. Außerdem ist geplant, den leistungswilligen Betrieben je nach der Mehrablieferung ihre Selbstversorgerbasis zu vergrößern. Dadurch erhalten die guten Betriebe die Möglichkeit, in der Hauptarbeitszeit zusätzlich Arbeitskräfte zu beschäftigen, die sie ohne zusätzliche Verpflegung nicht bekommen würden.

Die Stimme der CDU

Im Nordwestdeutschen Rundfunk

Es spricht:

Helene Weber am Samstag, 15. März, von 21.30 bis 21.40 Uhr

wird, was nach Auffassung der landwirtschaftlichen Verwaltung geleistet werden kann. Betriebe, die unter gleichen Verhältnissen wirtschaften, erhalten auch ein gleiches Ablieferungssoll. Das Grundsoll wird errechnet in Getreidewerten, in die alle pflanzlichen und tierischen Erzeugnisse umgerechnet werden. Die tierischen Erzeugnisse werden nach dem Wert des aufgewandten Futters ausgedrückt und bewertet, so daß es möglich ist, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, d. h. die gesamte Bodenleistung, in Getreidewerten auszudrücken.

Ernährungsminister Lübke vertritt die Ansicht, daß der Bauer ein Interesse an der Erzeugung behalten muß, und daß er daher im einzelnen Freiheit in der Erzeugungsrichtung haben muß. Neben einigen Pflichterzeugnissen muß es dem einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb überlassen bleiben, was er anbauen und abliefern will, um sein Grundsoll erfüllen zu können. Es ist zur Zeit noch nicht entschieden, ob neben Milch, Fleisch, Eiern und je nach den Bodenverhältnissen Oelfrüchten und Rohfutter auch Kartoffeln zu den Pflichterzeugnissen gerechnet werden.

Das Grundsoll für den einzelnen Betrieb wird so hoch liegen, daß er unter allen Umständen möglichst viel Haarfürchtbauern muß, um sein Leistungssoll erfüllen zu können, weil der Getreidewert von Zuckerrüben oder Kartoffeln sehr viel höher ist als der von Roggen oder Weizen. Dadurch ist eine Voraussetzung für

Kohlenexporte April-Juni

Berlin, 10. März. (DPD) Die europäische Kohlenorganisation gibt die Exportquote der britischen Zone für April, Mai und Juni 1947 bekannt. Der Gesamtbetrag wird in dieser Zeit 2.552.500 Tonnen Kohle betragen, einschließlich 227.000 Tonnen Braunkohlenbriketts.

Von dieser vorgesehenen Menge sollen erhalten:

	Steinkohle	Braunkohle
Belgien	176 000 To.	43 000 To.
Frankreich	416 600 To.	85 000 To.
Luxemburg	382 900 To.	20 500 To.
Niederlande	226 900 To.	43 500 To.
Dänemark	206 000 To.	13 500 To.
Afrika	27 500 To.	—
Norwegen	108 100 To.	7 000 To.
Griechenland	61 500 To.	—
Italien	278 800 To.	—
Finnland	35 900 To.	—
Portugal	23 200 To.	—
Schweden	46 200 To.	—
Schweiz	21 400 To.	15 000 To.

305 Berliner erfroren

Berlin, 11. März. (DPD) 305 Menschen sind in Berlin während der Zeit vom 11. Dezember bis 26. Februar erfroren. 1155 Menschen wurden mit schweren Erfrierungserscheinungen in Krankenhäuser eingeliefert, während sich 49.800 wegen gleicher Leiden in ambulanter Behandlung befinden.

Wenn Sie heute hundert Leute auf der Straße fragen: „Wieviel von der Ruhrkohle geht Ihrer Meinung nach ins Ausland?“, dann werden Sie unter hundert Antworten wahrscheinlich nur zwei richtige erhalten, nämlich daß von den mehreren Millionen Tonnen, die jetzt im Monat an der Ruhr gefördert werden, zwölfteils bis ein Drittel ins Ausland exportiert werden und der Rest von 87,5 Prozent in Deutschland bleibt. Das war das Ergebnis einer Umfrage, die das Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung kürzlich in der britischen Zone angestellt hat: Mehrere tausend Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten, Lebensalter, Konfessionen und Einkommensstufen wurden befragt. Viele versiegten sich bis zu einer mutmaßlichen Kohlenausfuhr von fünfzig, ja fünfundsiebzig Prozent ins Ausland und einige beantworteten die Frage sogar kurz entschlossen mit hundert Prozent.

Ähnliche Unkenntnis verriet die Antworten auf die zweite Frage: „Wieviel von der in Deutschland monatlich verbleibenden Kohle kommt Ihrer Ansicht nach der deutschen Bevölkerung zugute?“ Die richtige Antwort lautet: 95,9 Prozent. Wieder nur zwei von Hundert der Befragten trafen ungefähr das richtige. Die anderen waren der Ansicht, daß die Deutschen nur fünfundsiebzig (75), fünfzig (50), ja fünfundzwanzig (25) oder zehn Prozent von der im Lande verbleibenden Kohle für ihre Oefen, Betriebe und öffentlichen Einrichtungen bekommen. Von 4,6 Millionen Tonnen Kohle, die im Dezember gefördert wurden, blieben fast 4,4 Millionen Tonnen in Deutschland für die deutsche Bevölkerung. 2.415.708 Tonnen davon, die der britischen Zone zufließen, wurden folgendermaßen verteilt: 908.012 Tonnen gingen an die Eisenbahn, 48.245 Tonnen in die Häfen, 43.583 Tonnen an die Binnenschifffahrt und 1.718.925 Tonnen an die deutsche Industrie. Der Rest von 35 Prozent der Gesamtproduktion ging in die anderen Zonen Deutschlands.

Eine dritte Frage lautete: „Wieviel Ruhrkohle

Arbeitsverpflichtungsgesetz im Entwurf

Arbeitsminister tagten in Bad Orb

Bad Orb, 10. März. (DPD) Eine halbjährige Arbeitsverpflichtung für Beschäftigte und eine einjährige für Nichtbeschäftigte sieht der Entwurf einer Durchführungsverordnung zum Kontrollrats-Befehl Nr. 3 über Arbeitsregistrierung vor. Der Ministerialrat Dr. Herbert Engler vom hessischen Arbeitsministerium am Montag auf einer bizonalen Arbeitsminister-Konferenz in Bad Orb vorgetragen wurde.

Der Gesetzesentwurf, der dem Länderrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll, stellt eine Synthese dar zwischen dem von Dr. Engler früher ausgearbeiteten Entwurf zu einem Arbeitsverpflichtungsgesetz für die amerikanische Besatzungszone und einen entsprechenden Gesetzesentwurf für die britische Zone. In dem neuen Entwurf sind Arbeitsverpflichtungen nur zur Be-

Beschlagnahme von Hausrat

Düsseldorf, 10. März. (DPD) Eine Anordnung, die die behördliche Erfassung und Beschlagnahme von Einrichtungsgegenständen, Hausrat und Gegenständen des persönlichen Bedarfs zu Gunsten von Flüchtlingen, Ausgebombten sowie rassisch und politisch Verfolgten ermöglichen soll, ist jetzt vom Sozialministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Entwurf fertiggestellt worden.

Der Entwurf sieht vor, daß die Gemeindeverwaltungen Hausrat und Einrichtungsgegenstände, die unbenutzt auf Lager stehen, beschlagnahmen und gegen Entgelt Bedürftigen zur Benutzung geben können. Der Beschlagnahme sollen auch Gegenstände abwesender Personen verfallen. Außerdem soll die Anordnung die Möglichkeit geben, bei Nationalsozialisten, die vor dem ersten April 1933 in die Partei aufgenommen worden sind, ebenso bei Funktionären und Aktivisten, über den notwendigen Bedarf hinausgehenden Hausrat und Einrichtungsgegenstände zu beschlagnahmen. Weiterhin sieht der Entwurf eine Meldepflicht für Einrichtungsgegenstände vor, die nicht benutzt werden oder gespeichert sind. Beschlagnahmte Möbel sollen geschützt und ihre Benutzungsschädigung von den Gemeinde- und Preisbehörden festgestellt werden. Alle zugewiesenen Gegenstände müssen von den Empfängern pflichtig behandelt und gegen Feuer und Diebstahl versichert werden.

Leipziger Messe beendet

Leipzig, 10. März. (DPD-Dena) Die Leipziger Frühjahrsmesse fand am Sonntag ihren Abschluß.

Die Rohstoff-Kontingente, die den Firmen der Sowjetzone für die Ausführung von Aufträgen auf der Leipziger Messe besonders zugesagt sind, wurden jetzt wieder aufgehoben, wie aus Handelskreisen mitgeteilt wird. Diese Maßnahme kommt überraschend, sie bedeutet eine Einschränkung der Liefermöglichkeiten in andere Zonen und nach dem Ausland, da die Firmen der Sowjetzone nun ausschließlich auf den Rückgriff auf allgemeine Kontingente gemäß früheren Abkommen angewiesen sind.

Radikalismus vergrößert Elend

Eine Warnung des Sozialministers

Gelsenkirchen, 9. März. (Eig. Bericht) Im „Theater des Westens“ sprach am Sonntag Sozialminister Gockeln zu den Wählern der CDU. Der Redner forderte als Voraussetzung für die Demokratie echten Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse des gegenwärtigen Lebens. In diesem Sinne muß man erkennen, daß die Rettung nicht nur von oben zu erwarten ist, sondern unten im Volke muß mehr Disziplin gewahrt werden. Es darf nicht sein, daß heute gewisse Industriewerke zu Warenhäusern werden, weil Mangelware hergestellt, darf sich nicht selber egoistisch damit „segnen“.

Wenn jemand behauptet, die Christen in der Wirtschaft hätten versagt, so ist zu sagen, daß die neuen Heilslehren noch weniger gehalten haben. Die Flüchtlingsströme gehen in Richtung Westen und nicht in Richtung Osten. Wir müssen in Deutschland heute mehr Geduld miteinander haben, statt daß wir unsere letzte Kraft im Parteienstreit gegeneinander vergeuden. Auch in der Flüchtlingsfrage sollte man den vom Schicksal so sehr Geschlagenen mehr Vertrauen entgegenbringen. Entscheidungen sind nicht so einfach wie die Stimmzettel. Fragen, über die bei den Fachleuten keine Klarheit und Übereinstimmung besteht, können nie durch Volksentscheide geregelt werden. Die Gewerkschaften, deren Einheitsorganisation notwendig ist, stehen noch vor schweren Aufgaben. Wie der Radikalismus das Elend früher nur vergrößert hat, ist er auch heute nur eine Quelle des Unheils.

reistellung von Arbeitskräften für die Besatzungsmacht und für den Wiederaufbau vorgesehen sowie zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zur Erhaltung von Leben und Gesundheit des Volkes. Weitere Verpflichtungen sollen nur dann ausgesprochen werden, wenn Arbeitskräfte durch andere Maßnahmen oder in ausreichendem Maße nicht bereitgestellt werden können. Stehen für Arbeitsforderungen mehrere Personen zur Auswahl, so sollen bei gleichen Voraussetzungen zuerst politisch Belastete einschließlich der Minderbelasteten, dann Ledige von 18 bis 35 Jahren zum Einsatz herangezogen werden. Nicht verpflichtet werden können: Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr, Frauen über 50 und Männer über 55 Jahren sowie Hausfrauen, die in ihrem Hausstand weitere Personen zu versorgen haben, oder Frauen, die Arbeitsstellen nur mit Schwierigkeiten erreichen können. Personen, die eine Mittel-, Höhere- oder Hochschule besuchen, werden von der Arbeitsverpflichtung ausgenommen. Wünsche der Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren und ihrer Erziehungsberechtigten hinsichtlich der Berufsausbildung sollen weitgehend berücksichtigt werden. Außerhalb des Wohnortes dürfen nur dann Verpflichtungen vorgenommen werden, wenn die Unterbringung sichergestellt ist.

Über die Bildung eines bizonalen Arbeitsgerichtes wurde von den Arbeitsministern beschlossen, die Präsidenten der Landesarbeitsgerichte sollten hierzu vorbereitende Maßnahmen treffen. Schließlich kam auf der Arbeitsministerkonferenz zur Sprache, daß eine Angleichung der Sozialversicherung in den Zonen bevorstehe. Ein Kontrollratsgesetz hierzu sei zu erwarten.

Die Bedeutung der Landtagsbeschlüsse

Dr. Adenauer sprach in Wuppertal

Wuppertal, 10. März. (DPD) Die CDU will nicht, daß der Staat wirtschaftliche Macht bekommt, erklärte Dr. Adenauer, der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, am Montag in einer vom Wirtschafts- und Sozialausschuß des Kreises Wuppertal der CDU einberufenen Versammlung vor der Wuppertaler Unternehmer-schaft zu dem Thema „Unternehmerinitiative zum gemeinsamen Besten“.

In diesem Zusammenhang setzte sich Dr. Adenauer für eine Organisation der Unternehmer ein. Wenn auf der einen Seite der Arbeitnehmer das gute Recht hat, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen, müßten auch die Unternehmer dieses Recht erhalten. In der britischen und amerikanischen Zone, stellte Dr. Adenauer fest, sei das wirtschaftliche Leben — soweit es von der Behörde gelenkt werde — in den Händen der Sozialdemokratie, die sämtliche Wirtschaftsmittelposten in den Ländern innehaben. Um so bedeutungsvoller sei es, daß die sozialdemokratischen Anträge im Landtag von Nordrhein-Westfalen abgelehnt worden seien, obwohl auch die Militärregierung für die Verstaatlichung einträte.

KURZNACHRICHTEN

Berlin. — Zu einem mehrtägigen Besuch in Berlin ist der stellvertretende Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Oberbürgermeister Karl Arnold (Düsseldorf) eingetroffen.

Berlin. — In der sowjetischen Besatzungszone stellen gegenwärtig 20 Fabriken Rundfunkapparate her. Im vorigen Jahr wurden etwa 60 000 Apparate hergestellt, im wesentlichen für Reparationszwecke. (DPD)

Dortmund. — Eine Stilllegung des Stahlwerks Hoesch in Dortmund ist nach Auskunft amtlicher Stellen nicht zu erwarten und eine Demontage nicht vorgesehen.

Hamburg. — Mehr als ein Drittel der Hamburger Kohlentransporte, 5506 Tonnen Kohle, wurde im Februar von Kohlenplündern gestohlen. Das bedeutet eine weitere Zunahme gegenüber dem Vormonat Januar um fast 13 Prozent.

London. — Deutsche Kriegsgefangene, die gegenwärtig in belgischen Kohlenbergwerken beschäftigt sind, werden ab Juni dieses Jahres in ihre Heimat entlassen, wie der belgische Ministerpräsident Huysmans bekanntgab.

Warschau. — 19 ehemals deutsche Handelsschiffe mit einer Gesamttonnage von 60 000 Tonnen werden Polen am 15. Mai von der Sowjetunion zur Verfügung gestellt. (DPD)

Belgrad. — Zum Tode durch Erschießen wurde in Belgrad der ehemalige Chef der deutschen Militärverwaltung in Serbien, General Turner, verurteilt. (DPD)

Belgrad. — Vorbereitungen für eine umfassende Offensive griechischer Land-, See- und Luftstreit-

kräfte gegen die Unruheherde von Nordgriechenland werden aus Athen gemeldet. (DPD-Reuters)

Belgrad. — Die Ausbürgerung des Exkönigs Peter von Jugoslawien bestimmt eine Verordnung des Präsidiums der jugoslawischen Nationalversammlung. (DPD-Reuters)

Helsinki. — 40 ehemals deutsche Unternehmen oder deutsche Tochtergesellschaften sind in Finnland unter russischen Einfluß gekommen. (DPD)

Washington. — Amerikanische Unterstützung für Griechenland und der Türkei wurde im Repräsentantenhaus mit der Begründung gefordert, daß die Vormarsch des Kommunismus nach Westen aufgehalten werden müsse. (DPD-Reuters)

La Paz. — Die Ernennung Dr. Enrique Bolizogs zum Präsidenten von Bolivien wurde vom bolivianischen Kongreß bekanntgegeben. (DPD-Reuters)

Addis Abeba. — Dem persönlichen Eingreifen Kaiser Haile Selassie gelang es, den seit zwei Monaten andauernden Streik auf der einzigen Eisenbahnlinie Äthiopiens zu beenden. (DPD-Reuters)

Ankara. — Ein Militärputsch zum Sturz des Präsidenten Mönirpaşas von Paraguay ist nach Verhängung des Standrechts gescheitert. (DPD-Reuters)

Lizenzträger: Frz. Bornfeld-Ettmann, Fr. L. Hüffer, Dr. G. Haackkamp — Hauptverlag: Dr. Th. G. m. b. H., Münster (Westf.) — Auflage 111 700. Schriftleitung und Anzeigenabteilung: Münster, Prinzmarkt 18/14 und -Oelde (Westf.). Rüggestraße 27/29 — Druck: E. Holterdorf, Oelde.

Preis der einzelnen Ausgabe 30 Bpt.

Unser I

Sobald die Bäume zu treiben beginnen, werden Insekten, die den Obstbäumen den Schaden anrichten können, wenn sie nicht rechtzeitig vernichtet werden, eine große Plage sein. Frühjahrs zur Verfügung, Nitrophenol, löslicher Form, ein nem Boden bestreuen, graben einen gut der Kronenoberfläche.

Die Hauptsache stellen der Frühe die schädlichen Insekten und die begnügen sich so Keimung. Wirklich raschem und and

Die Polizei ist darum beachtet und Gesundheits

Bohnen usw. Die könnten bei dem Angriff genommen die Saaten erst in kein sich oft rasch im Februar ergibt, daß das Erdreich nicht schmilzt. Die Kisten werden er die Pflanzen der recht gekräftigt, ausgepflanzt. K Pflege, um zu C den. Spätfrost nicht unmöglich. rial zu versehen.

Zur Aussaat kor gelbe Rüben, Ka Spinat, Petersilie (Esdragen), Thym Boretsch usw.). ferner Steckzwie Von Mitte des sorken ins Freie Torfmuß zu be halten. Zu pflanzen pflanzen: Weißk

Aus ver

Drastische S

Zu den Sehens Kinde gehört ein Nisch, nach dem heißt, daß ein Hand Gottesraub schreckendes Bf Kirohward zur Bf Unter dem Galt Fied stand, ein lund, während e einen des Weges um sich in den F zen. Die böse Tat ben. Er wurde er verurteilt. Eine damaligen Rechte vor dem Verurte legt wurde, durf Er bat, seine Mu Als er sie bald glaubte die Meng gen. Wie er ab schändt un du bi straff, wor er stöhn, k hier nu

Da hatte er se zum nicht gering Dies und das Geschichte zuget ter in einem G waren Nach, daß sich seiner emüßigte. Da, eiken hinter der sten Morgen hatt pen! Ik soll di Fall to Bak stüf Da hatte abge schnitten. Mü lichen Leben, ab nicht die richti

Die

Zu dem festli saal des Landes und Kunstfreud in ständ. G direktor Dr. G kommensgröße der „Schanze“ dauer und das Ben Künstler. L Kunstvereine, wuchs die Grati Substanzzeit. I waltung mit de stellv. Oberbürg kurzen Ansprach Aufgaben der Stadt hinwie als zeitiger Kan des Künstlerbue ersten Weltkrieg bündliche Haltungen der Kur akt, bei dem i Soester Maler E von musikalisch schen Streichqu

Es verspricht zu Felde zu zie die sich übrige heit einiges zu Althergebrachte, richt Wohlstand, periment, den zweifelhaft ist, der Tradition e künstlerische B die Zeichen de Der Mensch ab sein, ganz erge mehr wirklic ver der mltäri August Stramm pressionsismus, kommen, und s stes auf man Sonderling halt lohnt. Es soll natürl Einstellung im Leben eine grö

Gocholt

Daß man nimmt die Hochzeitfeier ihren Anfang. Meistens ist die Hochzeitsgesellschaft so groß, daß der Kornboden oder die Tenne als Festsaal dienen. Auf der Tenne stehen zu beiden Seiten die Kühe und Pferde in ihren Ställen und geben durch ihr Muhen und Wiehern dem Tag eine besondere Note.

In den Nachmittags- und Abendstunden findet auf dem Hof beim Klange des Treckbühls als Bauernkranz statt, während die ältere Generation ihren Skat oder Doppelkopp kloppt. So fliegen Stunden wie im Fluge dahin, bis in den späten Abendstunden der Braut beim Absingen aller Lieder und den verschiedensten Neckereien der Brautkranz abgenommen wird. Das Fest aber geht weiter bis zum frühen Morgen, bei Tanz und gemeinschaftlichen Liedern.

gültigen Abfahrt auf ein Schlittlokomotiv gefahren werden, auf dem sie von zwei Lokomotiven in entgegengesetzte Richtungen ordentlich durchgerollt werden. Man wird daraus schon vermuten können, wozu diesem Mechanismus die Wege erzeugt werden können. Durch Zusammenpressen in Eisenbahnröhren erhält man eine ziemlich homogene Masse, bei der der entstehende Prozentsatz von Unsaurem und Neigung zum Krach ungefähr gleichbleibend ist. Daraus können die Kesselnden und erreichen eine ziemlich hohe Abfahrt. Hat man sich auf die Produktion aus dem Abteil wie Zahnpasta aus der Tube, auch wie gesagt, dieses Rezept ist nicht bei Äpfeln und Heringen anzuwenden.

*
Es verspricht wenig Erfolg, gegen die Tradition zu Felde zu ziehen. Vor allem nicht in einer Stadt, die sich (übrigens mit Recht) auf ihre Vergangenheit stolz einiges zugute tut. In Münster liebt man die Althergebrachte, das Bewährte und in jeder Hinsicht Wohlstandstüchtige, man schätzt nicht das Experiment, den kühnen Versuch, dessen Ergebnis zweifelhaft ist. Und doch ist die Stadttradition der Tradition überlegen, denn fast der gesamte künstlerische Besitz der Stadt sank in Trümmern. Die Zeichen der Vergangenheit sind ausgelöscht. Der Mensch aber scheint konservativ geblieben zu sein, ganz ergeben einer Ordnung, die gar nicht mehr traditionell, vielmehr modern ist. Hier, Auguststrasse, der mißtrauisch betrachtet wird. So kommt August Stramm, Mitbegründer des literarischen Expressionismus, in seiner Vaterstadt nicht zu Ehren kommen, und stünde heute ein Mann gleichen Rufes vor mir, man würde ihn meinte für ein Sonderling halten, über den zu diskutieren nicht lohnt.
Es soll natürlich die positive Seite einer solchen Einstellung nicht verkannt werden. Sie gibt dem Leben eine größere Sicherheit, sie wird nie Kollaps

